

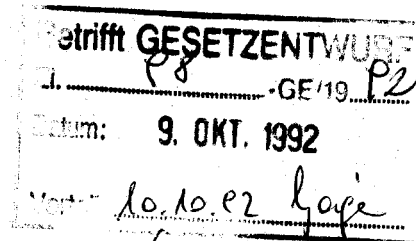
ÖSTERREICHISCHER  
GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15  
Telefon: 5121480  
Telefax: 513375872

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

Wien, am 6. Oktober 1992  
Pi



Bezug: Zl. 14.008/34-14/91

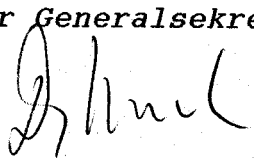
Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Gewährung  
und Bereitstellung von Bundesmitteln für Maßnahmen  
der Gewässerbetreuung (Gewässerbetreuungsgesetz)

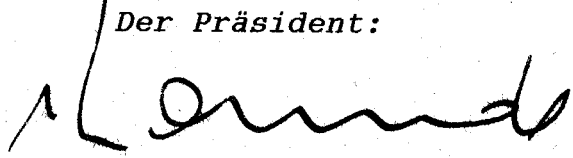
Sehr geehrte Herren!

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich, in der Beilage  
25 Kopien seiner Stellungnahmen zu o.a. Betreff zu überreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:  
Der Generalsekretär: Der Präsident:

  
wHR.Dr. Robert Hink

  
Franz Romeder  
Präsident des NÖ Landtages

Beilage



# ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15  
Telefon: 5121480  
Telefax: 513375872

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

Wien, am 6. Oktober 1992  
Pi

Stubenring 1  
1011 Wien

Bezug: Zl. 14.008/34-14/91

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Gewährung  
und Bereitstellung von Bundesmitteln für Maßnahmen  
der Gewässerbetreuung (Gewässerbetreuungsgesetz)

Der Österreichische Gemeindebund erlaubt sich, zu o.a. Betreff  
folgende Stellungnahme abzugeben:

Der vorliegende Gesetzesentwurf wird seitens des Österreichischen Gemeindebundes insoweit begrüßt, als damit sinnvoller Weise eine weitestgehende gesetzliche Entflechtung der Gewässerbetreuung einerseits und der Siedlungswasserwirtschaft andererseits vorgenommen wird. Die kommunalen Interessen werden durch diesen Gesetzesentwurf vor allem mittelbar berührt und erlauben wir uns, insbesondere auf folgende Punkte aufmerksam zu machen:

Die zu Lasten der Länder vorgenommene Schlüsseländerung läßt einen starken finanziellen Druck auf die Gemeinden befürchten. Zumeist sind es nämlich Gemeinden, die entsprechende Anträge stellen und werden die Länder die Realisierung der Maßnahmen von erhöhten Kostenbeiträgen der Gemeinden abhängig machen.

Für die Durchführung örtlicher Uferschutz- und Regulierungsbauten, insbesondere zur Durchführung von Sofortmaßnahmen im Gefolge eines Hochwassers, müßte ein unbürokratisches rasches Verfahren vorgesehen werden. Hier wäre es zweckmäßig, dieses Verfahren bei den zuständigen Landesdienststellen durchzuführen und es in deren Verantwortung zu übertragen. Ein derart beschleunigtes Verfahren hätte für vorgenannte Aufträge bis zu einer Höhe von mindestens ÖS 2 Mio. Platz zu greifen.

Seitens der Tiroler Gemeinden wird vor allem eine Kürzung der Förderung von Maßnahmen an Gewässern mit starker Geschiebeführung (bisher 60 % der anerkannten Kosten) nicht akzeptiert, da in deren Bereich unverhältnismäßig viele Gewässer mit starker Geschiebeführung vorhanden sind und auch ökologische Gründe nicht gegen eine Förderung in dem Bereich dieser Gemeinden sprechen.

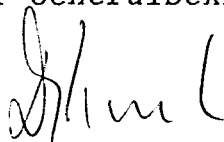
Grundstücke, welche für Verbauungsmaßnahmen herangezogen werden müssen, müssen zumindest mit ihrem Verkehrswert als Projektkosten anerkannt werden. Dadurch soll sichergestellt werden, daß nicht wie in der Vergangenheit die Beschaffungskosten für die Grundstücke von den Gemeinden alleine getragen werden, sondern von allen Interessenten gemeinsam. Die bisherige Praxis verursachte enorme Aufwände der Gemeinden über ihren Beitragsschlüssel hinaus.

Aus der Sicht der österreichischen Gemeinden wird die Junktimierung von Bundesbeiträgen mit Landesmitteln auf das entschiedenste abgelehnt. Eine solche Junktimierung führt zur doppelten Abhängigkeit der Gemeinden.

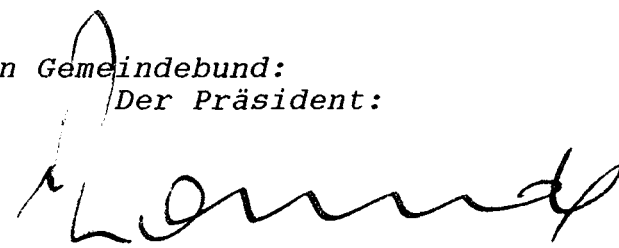
Bei Maßnahmen des passiven Hochwasserschutzes regt der Österreichische Gemeindebund an, daß vor allem bei der Einlöse von Grundstücken diese Flächen mit einer entsprechenden Zweckwidmung in das Eigentum der jeweiligen Gemeinde übertragen werden.

Wir ersuchen, diesen Forderungen des Österreichischen Gemeindebundes im Rahmen der parlamentarsichen Beratungen Rechnung zu tragen.

Für den Österreichischen Gemeindebund:  
Der Generalsekretär:

  
wHR.Dr.Robert Hink

Der Präsident:

  
Franz Romeder  
Präsident des NÖ Landtages